

Mehrheit der Bundesländer gegen einheitliche Schulbücher

Berlin (dpa) – Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) ist mit ihrer Forderung nach einheitlichen Schulbüchern für ganz Deutschland auf wenig Gegenliebe in den Bundesländern gestoßen. In einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur dpa lehnte die Mehrheit der Länder am Montag den Vorstoß als zu kurz gedacht oder nebensächlich ab. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland begrüßten die Idee ohne Abstriche. Hamburg, Sachsen-Anhalt und Bremen zeigten sich offen für eine Diskussion.

Schavan denkt nach Angaben ihres Sprechers nicht daran, die Länderzuständigkeit in der Bildungspolitik in Frage zu stellen. So strebe die Bundesministerin vor dem für 2008 geplanten Jahr der Mathematik mit den Ländern Gespräche darüber an, wie der Mathematik-Unterricht in den Schulen verbessert werden könne. Dabei wolle Schavan auch über ihren Vorschlag sprechen, ob man sich nicht besser auf weniger Schulbücher konzentriert. Schavan hatte am Wochenende in der ARD gesagt: «Ich finde, es ist schwer erklärbar, dass ein Mathematikbuch für die fünfte Klasse in Deutschland in zig Auflagen unterschiedlich nach Ländern existiert.»

Die breite Mehrheit der Länder wandte sich in der dpa-Umfrage ausdrücklich gegen Schavans Vorschlag. Wichtiger als die Wahl der Bücher sei die Einhaltung der vereinbarten Bildungsstandards, lautete das häufigste Argument. Der Weg zu diesem Ziel müsse Ländern und Schulen frei gestellt bleiben. Verwiesen wurde auf Bestrebungen zur Ausweitung der Schulautonomie. Auch sollten Lehrer in eigener Verantwortung über die Auswahl der Schulbücher entscheiden können.

Schavans Überlegungen über eine Vereinheitlichung der Schulbücher stehen im Zusammenhang mit der für den Herbst von der Bundesregierung geplanten «Nationalen Qualifizierungsoffensive», die gegenwärtig unter Federführung der Bildungsministerin vorbereitet wird. Es gehe darum, die Bildungspotenziale in Deutschland besser zu nutzen und unter anderem die Zahl der Schul- und Studienabbrecher deutlich zu reduzieren, betonte ihr Sprecher Elmar König. Zu dem Konzept gehört der Ausbau der frühkindlichen Bildung, die bessere Förderung von Migrantenkindern, die Nachqualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie Erleichterungen für die Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Staaten durch Senkung der Einkommensgrenzen.

Die SPD ist nach den Worten ihres Generalsekretärs Hubertus Heil für mehr Vereinheitlichung im Bildungswesen grundsätzlich offen. Die von Schavan angestoßene Debatte sei richtig. Allerdings müsse sie «konkrete Initiativen» unternehmen, sagte Heil. Als Kultusministerin in Baden-Württemberg habe sie dazu «viele Jahre» Zeit gehabt. Damals hatte Schavan wiederholt Bedenken gegen Vereinheitlichungs-Tendenzen vorgebracht.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) forderte Schavan auf, auch die fehlende Chancengleichheit in den Schulen zum Gegenstand der »Nationalen Qualifizierungsoffensive« zu machen. « Die Gretchenfrage des deutschen Bildungswesens, nämlich "Wie hältst Du's mit der Selektion?" hat Schavan bisher ausgeklammert», kritisierte die GEW-Vize-Vorsitzende Marianne Demmer. Deutschland gefährde seine Zukunft, wenn weiterhin die soziale Herkunft eines Kindes über seinen Bildungserfolg entscheide.

Die Mitsprache der Bundesregierung im Bereich der Schule - nach der Föderalismusreform ausschließlich Sache der Länder - hatte Schavan am Sonntag im «Tagesspiegel» mit der « gesamtstaatlichen Verantwortung» des Bundes gerechtfertigt und die Länder vor einer Blockade gewarnt.